

P90 Projekt 90: Konsequenz gegen Rechts

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

1 Konsequenz gegen Rechts

2 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener
3 Menschenfeindlichkeit ist in erster Linie ein Kampf für eine weltoffene Gesellschaft. Wir
4 setzen uns für die finanzielle Förderung entsprechender zivilgesellschaftlicher Initiativen,
5 Vereine und Organisationen ein und wollen die Mittel im Haushalt für das Landesprogramm
6 gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verdoppeln. Um die wehrhafte
7 Demokratie zu stärken, fordern wir, dass Zeit und Ort von Demonstrationen transparent
8 gemacht und Gegenproteste zugelassen werden. Das V-Leute-System muss abgeschafft, der
9 polizeiliche Staatsschutz neu aufgestellt und der Einsatz von V-Leuten in der Polizei
10 gesetzlich geregelt und kontrolliert werden. Der NSU-Komplex macht deutlich:
11 Institutioneller Rassismus ist ein ernstes Problem im Bereich unserer Sicherheitsorgane.
12 Deshalb brauchen wir insbesondere eine Reform der Aus- und Fortbildung für Polizei und
13 Justiz. Für eine Verbesserung der Analyse und Erfassung rechtsmotivierter Straftaten und die
14 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt fordern wir eine größere Offenheit gegenüber
15 unterschiedlichen Ermittlungsrichtungen und eine Überarbeitung des polizeilichen
16 Kriterienkatalogs „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – rechts“ sowie die Einführung
17 einer Verlaufsstatistik. Wir setzen uns auch für die Einführung eines „Berlin-Monitors“ zur
18 Erhebung von Einstellungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und
19 Demokratie ein.